



## Inhaltsverzeichnis

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	3
08.10.2025 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard: Staatsaufträge sollen einfacher an Wirtschaft vergeben werden	4

## Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

## Staatsaufträge sollen einfacher an Wirtschaft vergeben werden

In MV sollen künftig auch größere Aufträge der öffentlichen Hand ohne lange Verfahren vergeben können, fordert zumindest die CDU. Steht der Tarifschutz auf der Kippe?

**Schwerin** Schnelle Eingänge im Orderbuch: Unternehmen in MV sollen künftig auch größere Staatsaufträge im Wert mehrerer Hunderttausend Euro ohne große Vergabeverfahren erhalten können. Die CDU-Landtagsfraktion will dazu heute einen Gesetzentwurf zur Reform des 2023 in MV in Kraft getretenen Tariftreue- und Vergabegesetzes auf den Weg bringen. Damit sollten Investitionen beschleunigt werden, so CDU-Fraktionschef Daniel Peters im Vorfeld der Landtagsdebatte. Es brauche schnellere Verfahren, um das vom Bund angekündigte Sondervermögen auch schnell einsetzen zu können - für die Sanierung der Verkehrswege, für Schulen oder Investitionen in die Digitalisierung.

### Mehr Tempo bei der Auftragsvergabe

So wolle der Bund mit der geplanten Reform des Bundesvergaberechts die öffentliche Beschaffung einfacher, schneller und mittelstandsfreundlicher gestalten. Auch Mecklenburg-Vorpommern stehe vor der Aufgabe, Investitionen insbesondere aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität zügig umzusetzen und den hohen Verwaltungsaufwand bei kleineren Beschaffungsvorgängen zu reduzieren, begründete Peters.

Dem Entwurf zufolge sollen dafür u. a. die Wertgrenzen deutlich angehoben werden – für Bauleistungen von 50.000 Euro auf 500.000 Euro, für Liefer-, Dienst- und freiberufliche Leistungen von 10.000 Euro auf 100.000 Euro. Zudem sollen Direktaufträge vereinfacht und die Wertgrenzen für Bauleistungen auf 150.000 Euro und Dienstleistungsaufträge auf 100.000 Euro er-

höht werden. Außerdem sollen die Regelungen für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen gelockert werden. Die Auftragsvergabe müsse „mehr Tempo aufnehmen“, forderte Peters.

Mit der Reform könne den Unternehmen aus MV der Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtert, die Vergabe beschleunigt und lange Auftragsverfahren vermieden werden. Die hätten in der Vergangenheit dazu geführt, dass sich zahlreiche Unternehmen angesichts des Aufwandes von vornherein nicht an öffentlichen Aufträgen beteiligt hätten. Die Gesetzesinitiative sei Teil eines Vorschlagspakets wirtschaftsfördernder Maßnahmen, die die CDU-Landtagsfraktion am Mittwoch vorlegen wolle, kündigte Peters an.

Die Pläne kommen in der Wirtschaft gut an: Alles, was die Auftragsvergabe erleichtere, sei zu begrüßen, erklärte Sven Müller, Chef der Vereinigung der Unternehmensverbände MV (VU). Die vorgeschlagene Anhebung der Schwellenwerte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge helfe den Unternehmen, in MV an Aufträge zu kommen und die Arbeit im Land zu halten, meinte Jörn-Christoph Jansen, Chef des Bauverbandes MV: „Das setzt die Konjunktur gerade für kleinere Firmen in Gang.“ So seien die Kommunen besser in der Lage, Aufträge ohne umständliches Vergabeverfahren auch in der Region zu ergeben.

SPD und Gewerkschaften lehnen die CDU-Pläne vehement ab: Sie fürchten einen Angriff auf das vor Monaten von Rot-Rot beschlossene Tariftreuegesetz, das bei Staatsaufträgen tarifglei-

che Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangt. Der Entwurf sei der Versuch, die Tariftreue „durch die Hintertür auszusetzen“, kritisierte Christian Winter, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Auch die SPD plädiere für die Anhebung der Wertgrenzen, um mit Blick auf das Sondervermögen die Auftragsvergabe zu beschleunigen. Dafür sei in MV bereits eine entsprechende Bundesratsinitiative gestartet worden. Mit dem CDU-Vorschlag würden allerdings auch die Wertgrenzen für die Tariftreue angehoben werden, sodass bei vielen anstehenden Vergaben die Bezahlung nach Tarif keine Rolle mehr spielen würde. Das sei mit der SPD nicht zu machen: Winter: „Wer öffentliche Aufträge haben will, muss seinen Mitarbeitern Tarif- oder tarifgleichen Lohn bezahlen. Dabei bleibt es auch.“

### Gewerkschaften drängen auf faire Löhne

Kritik auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB): Mit den Gesetzesplänen solle das Tariftreue- und Vergabegesetz ausgehebelt werden, lehnte DGB-Landeschefin Laura Pooth die Initiative ab. Mit dem Vorhaben der sei niemandem geholfen, auch der Wirtschaft nicht. Wirtschaftliche Stärke entstehe dort, wo Menschen ausreichend verdienen, meinte Pooth: „Nur wer einen fairen Lohn erhält, kann sich einen Restaurantbesuch, das lokale Handwerk oder einen Friseurtermin leisten.“ Bislang summierten sich die Kaufkraftverluste durch die mangelnde Tarifbindung in MV DGB-Angaben zufolge aber auf mehr als 1,2 Milliarden Euro jährlich.

Wörter: 601  
Autor/-in: Torsten Roth  
Ressort: landmv  
Seitentitel: landmv  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe  
Auflage: 7.203 (gedruckt)<sup>1</sup>  
7.544 (verkauft)<sup>1</sup>  
7.670 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,03645 (in Mio)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 07/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025



Sollen leichter und zügiger vergeben werden können: Staatsaufträge für die Wirtschaft in MV